

An: 323@bmel.bund.de

Betreff: Katastrophe im Nationalpark Uckermark/Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach einem Gespräch mit Hr. Goy (vielen Dank für das nette Gespräch) möchte ich mich an Sie wenden.

Konkret geht es um einen Zaun gegen die Afrikanische Schweine Pest (ASP).

Dieser ASP Zaun wurde im „Nationalpark Unteres Odertal“ im Landkreis Uckermark im Nordosten Brandenburgs errichtet. Das Problem ist, das durch diesen Zaun sehr viele Wildtiere eingeschlossen sind. Unter anderem sehr viele Rehe und andere Wildtiere. Der eingezäunte Bereich ist ein Überflutungsbereich der Oder, aber auch durch Schneeschmelze und Regenfälle wird das Areal immer wieder überflutet und der Fluchtweg der Tiere ist durch den Zaun gesperrt und die Tiere sterben. Da sie nicht geborgen werden können, kann es zusätzlich auch zu Seuchen kommen. Die Landesregierung weigert sich bisher den Zaun zu versetzen und will nur schmale Öffnungen schaffen, die aber nicht ausreichen. Weitere Information (auch eine genaue Karte) finden Sie in der Petition und in dem YouTube Clip von der Technischen Universität Dresden. Zusätzlich habe ich zur Info noch etliche aktuelle Bilder, ein Aufklärungsvideo über die ASP und einen Fernsehbeitrag von rbb-Brandenburg hinzugefügt.

Auf den Bildern vom 14.01. sehen Sie mehrere gestorbene Tiere, u.a. scheinbar auch ein Schwan, der sich dort verfangen hat.

Ein Bild ist mit einem schmalen Durchlass, gut gemeint, aber wohl Wirkungslos, da Rehe sehr scheu sind und häufig auf Stress panisch reagieren.

Petition:

<https://www.change.org/p/karina-d%C3%B6rk-katastrophe-im-brandenburgischen-nationalpark-unteres-odertal-bei-schwedt>

YouTube Link der Technischen Universität Dresden:

<https://youtube.com/watch?v=KfUwHlIuhSA&feature=share>

ASP-Video:

<https://youtube.com/watch?v=hSnCUaW8yrg&feature=share>

rbb-Brandenburg-Fernsehbeitrag:

https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20220115_1930/Rehe.html

Es kann nicht im Sinne der Bundesrepublik und der EU sein, das mit falsch angebrachten ASP Zäunen Wildtiere schwer verletzt bzw. massenhaft getötet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Joachim Richter

Erinnerung an mein Schreiben:

Gesendet: Donnerstag, 10. Februar 2022 17:27

An: poststelle@bmel.bund.de

Betreff: WG: Katastrophe im Nationalpark Uckermark/Brandenburg

Sehr geehrter Hr. Özdemir,

Sehr Damen und Herren,

die untenstehende Email habe ich, wie Sie sehen am 17.01.22 an das BMEL gesendet. Bis heute habe ich noch keine Antwort bekommen.

Die E-Mail betrifft die bedrohliche Lage im Unteren Odertal Nationalpark, wo durch eine politische Fehlentscheidung Wildtiere in unnötige Gefahr gebracht werden und seit dem Jahreswechsel schon ca. 40 Rehe, einige Wasservögel und ein Hirschkalb durch Ertrinken, Genickbruch oder Entkräftung durch den dortigen ASP Zaun zu Tode gekommen sind. Weil zu Beginn des Dramas auf Anfragen und Kontaktaufnahmen seitens der Politik nicht reagiert wurde, haben wir eine Petition ins Leben gerufen, die schon von über 109 000 Bürgern unterschrieben wurde. Weitere Informationen, sowie diverse Links zur Situation und zur Petition finden Sie im untenstehenden Text.

Da Petitionen und Anfragen/Kontaktaufnahmen, abgesehen von Demonstrationen der einzige Weg ist auf legaler Weise auf Probleme und Fehlentscheidungen aufmerksam zu machen, bitte ich Sie mein Anschreiben und die Befürchtungen und Bedenken von mir, den über 109 000 Unterzeichnern, sowie anderen Unterstützern, wie z.B. auch der Jägerschaft ernst zu nehmen und nicht zu ignorieren.

Bitte leiten Sie dieses Anschreiben auch an das Büro von Hr. Özdemir weiter. Danke schön.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Joachim Richter

Nach einem Telefongespräch mit einem früheren Kontakt im BMEL, weil immer noch keine Antwort kam:

hier bin ich wieder. Das ist das Schreiben, das ich zuletzt im Februar (vorher im Januar, ganz unten) losgeschickt habe. Ich habe das der Einfachheit halber so an Sie weitergeleitet. In der unteren Mail sind auch die Petition und noch ein paar andere Infos verlinkt. Die Petition hat auch einige Updates, die auch noch relevante Infos enthalten.

Vielen Dank für Ihre Hilfe.

Schöne Grüße aus Bremen und bleiben Sie gesund.
Achim Richter

ANTWORT BMEL, nach 3 Anläufen:

Sehr geehrter Herr Richter,

im Auftrag von Frau Parlamentarischer Staatssekretärin übersende ich Ihnen die Antwort des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zu Ihrem Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Schachtschabel:

Katastrophe im Nationalpark Uckermark/Brandenburg

Sehr geehrter Herr Richter,

Herr Bundesminister Özdemir dankt Ihnen für Ihre E-Mails vom 17. Januar und 10. Februar 2022. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die Bilder von ertrinkenden Wildtieren haben bei uns im Haus und mir persönlich zu großer Betroffenheit geführt. Die Problematik der Schutzzäune zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP), insbesondere in den Naturschutzgebieten, ist dem BMEL bekannt und wird von uns sehr ernst genommen.

Unserer Kenntnis nach wurden durch die zuständigen Behörden vor Ort bereits mehrere Gegenmaßnahmen ergriffen. Diese umfassen u.a. den Einbau von Rehdurchlässen in den Zaun, die zeitweise Öffnung der Tore in den Zäunen während des Tages, das Absenken der Zaunhöhe, die Errichtung von Kleinterrampen über den Zaun sowie tägliche Begehungen der gefährdeten Abschnitte. Darüber hinaus hat das im Land Brandenburg zuständige Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz darüber informiert, dass der Schutzzaun im Nationalpark Unteres Odertal teilweise versetzt wird.

Es ist aber auch zu beachten, dass seit dem erstmaligen Auftreten der ASP in Deutschland im September 2020 bislang 3.624 Seuchenfeststellungen, v. a. bei Wildschweinen, erfolgt sind. Die Seuche ist eine für Wild- und Hausschweine ansteckende Tierkrankheit, die unheilbar und mit starkem Leiden verbunden ist und fast immer zum Tod der betroffenen Tiere führt. Die Bekämpfung und die Prävention der Ausbreitung der Seuche ist daher auch unter diesem Aspekt des Tierschutzes notwendig.

Die Ausbreitung der ASP in der Wildschweinpopulation in Brandenburg konnte mit Hilfe der errichteten ASP-Schutzzäune bisher deutlich verlangsamt und in den eingerichteten Sperrzonen Dr. Ophelia Nick

Parlamentarische Staatssekretärin

Mitglied des Deutschen Bundestages

SEITE 2 VON 2

weitgehend unter Kontrolle gehalten werden. Gerade deswegen ist die Errichtung von ASP-Schutzzäunen,

in Verbindung mit zahlreichen anderen Maßnahmen, notwendig, um die Migration von Wildschweinen aus ASP-infizierten Gebieten in noch freie Gebiete zu verhindern. Für die Umsetzung der Maßnahmen sind laut Grundgesetz die nach Landesrecht zuständigen Behörden verantwortlich. Diese legen in Zusammenarbeit mit einer entsprechenden Sachverständigenengruppe den Verlauf des Zaunes fest. Dabei handelt es sich stets um eine Abwägung, bei welcher viele Faktoren wie Naturschutz, Wegbarkeit, Besiedlung usw. Berücksichtigung finden. Mitunter ist eine Trassenführung durch ein Schutzgebiet nicht zu vermeiden.

Gleichwohl hoffe ich, dass mit den oben bezeichneten Maßnahmen umgehend weitere oben genannte Fälle wirksam vermieden werden können. Diesbezüglich bin ich auch mit Brandenburg in regelmäßigem Austausch.

Mit freundlichen Grüßen

Meine Antwort an das BMEL:

Sehr geehrte Fr. Dr. Nick, Sehr geehrter Hr. Özdemir,
Guten Tag und vielen Dank für Ihre Antwort. Wir können Ihre vorherige Antwort aber so nicht einfach im Raum stehen lassen. So eine Antwort haben wir im Namen von Hr. Özdemir, als Veganer und auch von Ihnen Fr. Dr. Nick, als Tierschützerin und Ärztin nicht erwartet. Vor allen Dingen nicht, wenn man sich Textpassage von Ihrer Webseite, die ich weiter unten zitiert habe, ansieht. Ihre Antwort hilft sachlich überhaupt nicht weiter und wirkt eher als Beschwichtigungstaktik zur

Ruhigstellung Empathie fähiger Bürger. Solange Sie praktisch nicht eingreifen, wird dieses sinnlose Sterben der Wildtiere weitergehen, spätestens beim Frühjahrshochwasser in diesem Gebiet. Ob Sie wirklich betroffen sind oder nicht, kann man nicht beurteilen. Ihrer Reaktion nach löst diese Betroffenheit aber scheinbar nichts aus. Ihr letztes Antwortschreiben ist gleichlautend, im zeitlichen Abstand und von unterschiedlichen Absendern, an viele Menschen verschickt worden, egal ob in den Anfragen an Sie nur Betroffenheit geäußert wurde, oder stichhaltige Fakten genannt wurden. Ab und zu wurde ein „Ich“ mit eingefügt, um den Antwortschreiben scheinbar eine persönliche Note zu geben. Dadurch fühlt man sich wirklich nicht besonders ernst genommen. Die einzig legitimen Mittel für uns Bürger sind Demonstrationen, Petitionen und Anfragen an die Ministerien. Mit solchen Antworten führen Sie diese legitimen Mittel ad absurdum.

Wir haben Ihnen konkrete Hinweise geliefert, wie fehlende FFH Zertifizierung der Zäune, dass dieses Gebiet überflutet wird, dass die Tiere ertrinken, weil sie keine Fluchtmöglichkeit haben und anderes. Wir haben effektive Alternativen wie Umzäunung der (Schweine) Zuchten und bindende Hygienekonzepte vorgeschlagen. Davon ist in Ihren Antworten überhaupt nichts von zu sehen. Sie verstecken sich hinter den Ländern, dabei ist das ein bundesweites Problem und die Maßnahmen werden mit unseren Steuern finanziert, wie fast alles in der politischen Landschaft, was aber wohl häufig vergessen wird. Weil meine Mitstreiter aus der Bürgerinitiative und ich uns auch sehr betroffen durch diesen Skandal und diese Grausamkeit fühlen, haben wir die Ihnen bekannte Petition mit mittlerweile fast 129 000 Unterschriften gestartet. Der Landkreis wurde durch den Wildtierschutz Deutschland e.V. beim Verwaltungsgericht verklagt, es wurde Beschwerde bei der EU eingereicht, wir haben Presse und Zeitungen informiert, mit der örtlichen Politik diskutiert, uns die Finger wundgeschrieben, die Ohren heißtelefoniert und wir schlafen schlecht. So sieht Betroffenheit aus. Mit diesem kurzen Film (machen Sie bitte den Ton an) möchten wir Ihnen ein Beispiel darüber geben, was mit den Wildtieren, abgesehen von anderen Dingen, passiert. Dieses Reh wurde zum Glück rechtzeitig von Jägern entdeckt und herausgeschnitten. Das Glück hatten die vielen gestorbenen

Wildtiere leider nicht und werden, solange der Zaun besteht auch sehr viele nicht haben. Wir hoffen, dass die Schreie dieses Tieres in Ihnen etwas auslösen:

Reh hat sich im ASP Zaun im Draht verfangen

*In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Text Ihrer Webseite verweisen: **Ophelia Nick steht für gute Lebensmittel und gesunde Ernährung für alle, für Tierschutz und für bäuerliche Landwirtschaft. Sie ist Politikerin, Autorin, Tierärztin, Unternehmerin und Mutter. Sie ist überzeugt, dass Tier, Mensch und Natur im Einklang miteinander leben können.***

Sind das doch nur Phrasen? Wird ein Schalter umgelegt, wenn man in die „höhere“ Politik geht? Ich hoffe diese Fragen sind gestattet.

Als Tierärztin sollten Sie wissen, dass Tiere fühlende Lebewesen sind, genau wie wir auch. Hier werden Tiere grundlos getötet, ohne dass konkret etwas dagegen unternommen wird. Es wird doch sowieso schon ein regelrechter Krieg gegen die Wildtiere (und andere Tiere) geführt, Stichwort Wald vor Wild mit den Ausführenden, dem sogenannten ÖJV - Ökologischer Jagdverband e.V. und anderen. Reicht das immer noch nicht?

Die ergriffenen Maßnahmen in der Uckermark sind lediglich Kosmetik und sollen die Bürger beruhigen.

Daran ändert sich leider auch nichts, wenn Sie die (Falsch - !?) Informationen über die angeblich so wirksamen Maßnahmen vorbehaltlos übernehmen und scheinbar nicht glauben, was meine Mitstreiter und ich, aber auch andere von dem vermeidbaren Tod der zahlreichen Wildtieren betroffenen Menschen Ihnen schon geschildert und mit Fakten untermauert haben.

Allein der Zaun ist zu hoch, ob mit 1,20 oder mit 80 cm, Tiere können im Wasser nicht darüber springen, sie bleiben im Zaun hängen. Wie Sie in dem kurzen Film sehen, haben diese Zäune, selbst wenn sie versetzt werden, keine Daseinsberechtigung, vor allem nicht in einem solchen Überflutungsgebiet (Polder). Um zu unterscheiden, was richtig und was falsch ist, muss man sich aber mit der Materie beschäftigen, die Dinge hinterfragen und beweisbare und fundierte Antworten verlangen.

- Dürfen in einem von der EU unter Schutz gestellten [NATURA2000 Schutzgebiet](#) überhaupt Zäune errichtet werden und wenn ja unter welchen Voraussetzungen. **Nachtrag: jetzt wird von den 70 km Zaun 11 km versetzt. Es entsteht ein schmaler Korridor im Westen. Es ist der gleiche Unsinn wie vorher schon gemacht wurde, dieses Versetzen hat keinen allzu großen praktischen Nutzen. Ein Bereich übrigens, der von Touristen hoch frequentiert wird. Dort befindet sich der Oder/Neiße Radweg. Damit erübrigt sich jeder Erklärung.**

- Häufig werden nur noch Knochen von Wildschweinen gefunden. Wie ist die Zuordnung. Werden DNA Proben erstellt um zuzuordnen, um wieviel Tiere es sich handelt oder werden bei z.B. 25 Knochen auch 25 ASP Fälle dokumentiert, obwohl es sich eventuell nur um 4 Tiere

handelte?

- Besitzen die Zäune eine FFH Zertifizierung

- Wie viele Funde mit ASP gab es innerhalb des umzäunten Gebietes, wie viele außerhalb? Wenn die meisten Funde außerhalb sind, warum wird der Zaun nicht entfernt.

- Das NATURA2000 Gebiet ist mit 70 Km Zaun in ovaler Form umzäunt. Wie kommen die eingesperrten Tiere hier heraus, denn dieses Gelände ist gleichzeitig Überflutungsgebiet der Oder und Auffanggebiet der Schneeschmelze. Gleichzeitig können die Wildschweine dieses Gebiet an den Rändern umgehen.

- Die meisten gestorbenen Tiere wurden an der Oder am östlichen Deich gefunden. Die wenigen Durchlässe (12 Stk. auf 70 km?!?) und Zaunabsenkungen sind aber nur am westlichen Zaun, im Landesinneren (**wo der Zaun jetzt auch versetzt wird**). Davon abgesehen finden die Tiere die Lücken nicht, wenn sie in Panik sind. Wieso wird das trotzdem als erfolgreiche Maßnahme verbreitet?

- Laut Bürgern vor Ort werden die angepriesenen Tore nicht geöffnet, trotzdem das als erfolgreiche Maßnahme publiziert wird.

- Warum werden die Schweinezuchten nicht alternativ mit einem zweiten Zaun versehen und ein bindendes Hygienekonzept (auch für die Großmästereien) erstellt? Was nebenbei auch Steuergelder spart, weil vorhanden Zäune genutzt werden können. Das ist wesentlich effektiver, sonst müsste nämlich das gesamte Bundesgebiet irgendwann mit Zäunen durchzogen werden. Die ASP wird übrigens nicht durch die Wildschweine in die Betriebe getragen sondern durch den Menschen. **Es ist und bleibt ein vom Menschen gemachtes Problem: <https://www.agrarheute.com/markt/tiere/asp-deutschland-faelle-ueberblick-572954>**

Es wäre denkbar, das es eher um eine bessere Werbewirksamkeit für die Länder, die aus Deutschland Schweinefleisch importieren geht, damit der Export aus Deutschland wieder Fahrt aufnimmt. Das ist natürlich nur eine Annahme. Sie schreiben auch sinngemäß wie schlimm die ASP für die Wildschweine ist. Wissen Sie überhaupt, dass ganze Wildschweinfamilien in Fallen gefangen und anschließend in den Fallen exekutiert werden, ob sie krank sind oder nicht? Was soll so ein Unsinn? Tierquälerei par excellence. Also bitte, in diesem Zusammenhang vom Tierschutz zu reden, ist schon sehr grenzwertig.

Warum wird dieser Skandal um das Einzäunen eines Naturschutzgebietes, den man sicherlich als politische und fachliche Fehlentscheidung bezeichnen kann nicht endlich unterbunden. Von der Grausamkeit gegenüber den Tieren gar nicht erst zu reden. Ist hier Arroganz oder Eitelkeit im Spiel, oder Unwissenheit? Oder mag man der Öffentlichkeit nicht erklären, warum man so viel Geld für so einen Unsinn ausgegeben hat.

Wissen Sie eigentlich, dass Deutschland genau zu diesem Thema von der EU-Kommission vor dem EuGH verklagt wurde? **Zitat:** Deutschland setzt laut Einschätzung der Europäischen Kommission die Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie nur unzureichend um. Die Klage kommt nicht unerwartet: Bereits im letzten Jahr hat die EU-Kommission einen Warnschuss abgegeben.

<https://www.nabu.de/news/2021/02/29441.html>

Also empfinden nicht nur wir „unbequemen Tierschützer“ das als Skandal, was die Politik sich gegenüber der Natur hier in Deutschland erlaubt. **Das BMEL ist das einzige Ministerium, das etwas dagegen tun kann.**

Auch wenn das Sache der Länder sein soll, ich denke mal wegen dem Regierungssystem des Föderalismus, muss hier von Ihnen eingegriffen werden, wenn die Länder so einen hanebüchernen Unsinn machen, denn weitere Länder wie z.B. Niedersachsen werden folgen oder machen diesen Unsinn sogar schon nach. Davon abgesehen ist es ja in vielen Fällen möglich, den Föderalismus zu umgehen, siehe Abschaffung der Corona Schutzmaßnahmen, digitale Ausstattung der Schulen oder ähnliche Fälle. Man muss nur wollen... Denn das sind auch unsere Steuergelder die für diesen Unsinn und der Tierquälerei dort versenkt werden. **Stecken Sie die Gelder lieber in den Schutz der Wildtiere und zäunen Sie die Schweinezuchten ein, wie oben schon erwähnt. Das hat nichts mit gutem Willen zu tun, sondern mit Logik und Effektivität.** Davon abgesehen ist die ASP für den Menschen absolut ungefährlich. Also sollte man hier nicht in Panik verfallen. Sie schreiben: *Mitunter ist eine Trassenführung durch ein Schutzgebiet nicht zu vermeiden.*

Wir können nicht nachvollziehen, warum Sie einen offensichtlich nicht genehmigungsfähigen (oder sogar illegalen?) Zaun gut heißen und verteidigen, der in einem Natura 2000 Gebiet errichtet wird und nicht einmal eine FFH Zertifizierung hat. Es scheint in der Politik die Meinung vorzuherrschen, mit Tieren kann man alles machen, die können nicht um Hilfe schreien. Doch das tun diese Lebewesen. Sie hören nur nicht hin. Bitte tun Sie es hier (noch einmal):

Reh hat sich im ASP Zaun im Draht verfangen (machen Sie bitte den Ton an) Ich möchte hier einmal 2 Sätze zitieren, die Vieles aussagen:

- *Dass das Wort Tierschutz erfunden werden musste, ist eine der blamabelsten Angelegenheiten der menschlichen Entwicklung!*" - Theodor Heuss

- Die Größe und den moralischen Fortschritt einer Nation kann man daran messen, wie sie ihre Tiere behandeln. - Mahatma Gandhi

Wenn Ihre Betroffenheit echt ist, tun Sie etwas gegen diesen Skandal, der sich in der Uckermark und sicherlich bald auch in den anderen Bundesländern abspielt.

Mit freundlichen Grüßen und im Namen der Bürgerinitiative „ASP Zaun Katastrophe Uckermark“
Hans Joachim Richter

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich dieses Schreiben und Ihre Antwort darauf im Rahmen meiner Möglichkeiten veröffentlichen werde.

Anhang:

- **Diverse Bilder über gestorbene Wildtiere und die überschwemmten Gebiete**

- **(Unsinniger) Antrag zum Töten von Tierarten, die sich in Wildschweinfallen gefangen haben (kein Lebewesen darf dem Menschen zu nahe kommen, das wird mit dem Tode bestraft)**

[#RettetDieTiereImOdertal](#)

Hier zu guter Letzt, die Antwort aus dem BMEL, im Grunde genommen nur die Langform der ersten inhaltlosen Antwort, darauf einzugehen hielt ich für völlig unnötig:

ASP-Schutzzaun im Nationalpark Uckermark/Brandenburg

Ihr Schreiben vom 18. März 2022

Sehr geehrter Herr Richter,

vielen Dank für Ihr erneutes Schreiben, auf das ich Ihnen, auch im Namen von Herrn Bundesminister Özdemir, an den Sie Ihr Anliegen ebenso gerichtet haben, gern antworte. Die von Ihnen geschickten Bilder sind bestürzend und vertiefen unsere Betroffenheit. Die von Ihnen geschilderte Problematik an den Wildschutzzäunen zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen wird von Herrn Bundesminister Özdemir und mir sehr ernst genommen. Wir arbeiten seit Beginn der Problematik auf verschiedenen Fachebenen intensiv an einer Lösung. Dass dies nicht innerhalb weniger Tage geschieht und auch nicht öffentlichkeitswirksam ist, bedeutet dabei nicht, dass von Seiten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) nichts unternommen wird.

Wie ich in meinem vorangegangenen Schreiben bereits dargelegt habe, liegt die Durchführung der Tierseuchenbekämpfung verfassungsrechtlich allein in der Verantwortung der Länder. Nur vor Ort kann entschieden werden, welche Maßnahmen notwendig sind, um die Tierseuche wirksam zu bekämpfen. Gleichwohl verfolgt das BMEL die Maßnahmen der Länder mit großem Interesse und unterstützt diese im Rahmen seiner Möglichkeiten. Herr Bundesminister Özdemir hat sich bei einem Besuch vor Ort selbst ein Bild von den Maßnahmen zur ASP-Bekämpfung gemacht.

Dr. Ophelia Nick

Parlamentarische Staatssekretärin

Mitglied des Deutschen Bundestages

SEITE 2 VON 4

Ungeachtet dieser gesetzlich vorgegebenen Verantwortlichkeit der Länder beschäftigt sich das BMEL intensiv mit der Thematik, um das Risiko des Sterbens von Wildtieren am ASP-Schutzzaun zu verringern. Dazu tauscht sich das BMEL auf Fachebene auch mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) einschließlich dem Bundesamt für Naturschutz, dem Friedrich-Loeffler-Institut (Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit) und dem Johann Heinrich von Thünen-Institut

(Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei) aus. Es werden Grundlagen geschaffen, die es den Ländern durch Forschung und Wissensgewinn erleichtern sollen, wirksame Entscheidungen vor Ort zu treffen, die der Tierseuchenbekämpfung dienen, aber auch den Tierschutz und die Biodiversität gewährleisten.

Ziel einer wirksamen Tierseuchenbekämpfung ist es, die Krankheit einzudämmen, also zu verhindern, dass kranke Tiere gesunde Tiere anstecken und bei diesen Leiden und Schmerzen verursacht werden. Bei der ASP-Bekämpfung sollen sowohl Ansteckungen innerhalb der Wildschweinpopulation, als auch bei gehaltenen Schweinen verhindert werden. Der Bau eines ASP-Schutzzaunes ist hierbei nur eine von vielen Maßnahmen und dient der Vermeidung oder zumindest der Verlangsamung der Virusausbreitung durch Wildschweine. Schon jetzt zeigt der ASP-Schutzzaun in Brandenburg erste Erfolge: In brandenburgischen Kerngebieten, die 2020 von der ASP zuerst betroffen waren, sind seit Januar 2022 keine neuen ASP-Fälle in der dortigen Wildschweinpopulation zu verzeichnen. Dieser Entwicklung wird zu gegebener Zeit durch schrittweise Aufhebung der Maßnahmen Rechnung getragen.

Die Durchführung von Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen der nach Landesrecht zuständigen Behörden umfassen neben dem Bau des Zauns selbstverständlich auch die enge Abstimmung mit den nach Landesrecht für den Naturschutz zuständigen Behörden, etwa zur Abstimmung der Gebietskulissen für ASP-Sperrzonen oder des Trassenverlauf eines Schutzzaunes. Nach hiesigem Verständnis finden hierbei die tierseuchenrechtlichen Regelungen grundsätzlich neben dem Naturschutzrecht Anwendung. Im Falle konkurrierender Vorschriften muss im konkreten Einzelfall nach den allgemeinen Auslegungsregeln bestimmt werden, welche Norm Vorrang hat. Die Voraussetzungen, unter denen bestimmte Maßnahmen in Naturschutzgebieten selbst bei „erheblicher Beeinträchtigung“ selbiger zulässig sind, regelt unter anderem das Bundesnaturschutzgesetz in der Federführung des BMUV. Dort ist auch festgelegt, dass die Maßnahmen „auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000-Gebiets zu überprüfen“ sind. Da in dem von Ihnen angesprochenen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission naturschutzrechtliche Fragestellungen zur Umsetzung der FFH-Richtlinie erörtert werden, die nicht im konkreten Zusammenhang mit dem ASP-Schutzzaun im Nationalpark „Unteres Odertal“ stehen, bitte ich Sie, sich für Auskünfte dazu an die fachlich und örtlich zuständige Behörde zu wenden.

SEITE 3 VON 4

Wie oben dargelegt, erfordert die ASP-Bekämpfung Maßnahmen zum Schutz der Wildschweinpopulation und der gehaltenen Hausschweine. Die von Ihnen vorgeschlagene Umzäunung von Schweinezuchten und verstärkte Hygienemaßnahmen wirken zum Schutz vor Einschleppungen in Schweinehaltungen. Dazu gibt es im einschlägigen EU- und nationalem Recht bereits konkrete Vorgaben für Biosicherheitsmaßnahmen (z. B. Durchführungsverordnung (EU) 2021/605, Schweinehaltungshygiene-Verordnung). ASP-Schutzzäune gegen die Migration von Wildschweinen sind aber trotzdem erforderlich, um die weitere flächenhafte Ausbreitung dieser Seuche einzudämmen.

Wie Sie in Ihrem Schreiben weiterhin zutreffend darlegen, wird das Virus der ASP auf verschiedene Weise verbreitet. Die Bekämpfung der Ausbreitung der Seuche muss deshalb alle potenziellen Übertragungswege umfassen. Aus diesem Grund haben sowohl das BMEL, als auch die Länder seit dem Auftreten der ASP in weiten Teilen Osteuropas umgehend ihre seit vielen Jahren bestehenden Aufklärungs-, Präventions- und Bekämpfungsmaßnahmen intensiviert - unter Einbeziehung aller relevanten Ressorts. Es wurden und werden das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und auch das Auswärtige Amt sowie die ausländischen Botschaften umfassend informiert und eingebunden. So sollen besonders relevante Bevölkerungsgruppen erreicht werden, z. B. Erntehelfer, Pflegekräfte und Reisende aus den betroffenen Gebieten im Ausland. Neueste Informationen dazu können jederzeit auf der Webseite und den Social-Media-Kanälen des BMEL abgerufen werden. Hierzu gehört auch Informationsmaterial zur ASP in unterschiedlichen Sprachen. Auch die Länder und Kreise haben umfassend informiert. So wurden Schulungen für Jäger, Tierärzte, Landwirte und

Veterinärarbeitsmitarbeiter angeboten und Vorträge in Nationalparks für freiwillige Helfer und Gastronomiebetriebe gehalten, um die Bedeutung der Sicherheitsmaßnahmen gegen ASP zu vertiefen.

Ein weiterer wichtiger Baustein bei der Bekämpfung der ASP ist die von Ihnen angesprochene Reduktion der Wildschweinbestände. Bei jedweder Art von Bejagung muss sorgfältig, planvoll und tierschutzgerecht vorgegangen werden. Hierbei muss jedoch unterschieden werden zwischen der gewöhnlichen Bejagung, die im Jagdrecht verankert ist, und der Tötung von Tieren mit dem Ziel, eine Tierseuche zu tilgen. Während die allgemeine Bejagung der Hege eines Reviers und dem Wildtiermanagement dient, liegt der Schwerpunkt in der Tierseuchenbekämpfung auf der Reduktion des Bestandes, um auf lange Sicht die Wildpopulation und die landwirtschaftlichen Nutztiere zu schützen. Die Vorgaben für die Tötung von Tieren aus Gründen der Tierseuchenbekämpfung sind unter anderem im Tiergesundheitsrecht verankert.

SEITE 4 VON 4

Ich möchte Ihnen daher noch einmal versichern: Uns allen ist daran gelegen, dass Tiere nicht unnötig leiden, weder die durch die Krankheit bedrohten Schweine, noch die Tiere, die durch die Maßnahmen in ihrem Habitat beschränkt werden.

Mit freundlichen Grüßen